

7271/AB XXIV. GP

Eingelangt am 11.03.2011

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Inneres

Anfragebeantwortung

Frau

Präsidentin des Nationalrates

Mag. Barbara Prammer

Parlament

1017 Wien

GZ: BMI-KA1000/0050-II/BK/7.1/2011

Wien, am . März 2011

Der Abgeordnete zum Nationalrat Mag. Johann Maier, Genossinnen und Genossen haben am 11. Jänner 2011 unter der Zahl 7356/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Kreditkartenmissbrauch in Österreich und in der Europäischen Union – Zahlen 2010 (Zahlungskartenkriminalität - Skimming)“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu Frage 1:

2010: 1809 Fälle

Für das Jahr 2011 liegen frühestens nach Quartalsende konkrete Zahlen vor, sodass derzeit keine Aussagen zu einer Tendenzentwicklung für das Jahr 2011 getroffen werden können.

Zu Frage 2:

2010: 825 Fälle

Zur Aufgliederung nach Bundesländern wird auf die Beantwortung der Frage 15 verwiesen. Eine darüber hinausgehende Beantwortung fällt nicht in den Vollzugsbereich des Bundesministeriums für Inneres.

Zu Frage 3:

Die Beantwortung dieser Frage fällt nicht in den Vollzugsbereich des Bundesministeriums für Inneres.

Zu den Fragen 4 bis 6, 10 und 16:

Die Schadensbeträge werden in der Kriminalstatistik nicht erfasst.

Die vollständigen Zahlen liegen nur bei den jeweiligen Zahlungskartenunternehmen und Banken vor.

Zu Frage 7:

Es werden die bereits angelaufenen präventiven Maßnahmen forciert, wie Medienarbeit und Vorträge durch Beamtinnen und Beamte des Bundeskriminalamtes. Weiters erfolgt eine enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer Österreich (WKO), den Bankomatbetreibern und den Kreditkartenunternehmen. Das bereits laufende „SMS Infoservice“, welches von der WKO und dem Bundesministerium für Inneres gemeinsam entwickelt wurde, wird ebenfalls weiter zur Verfügung stehen. Eine darüber hinausgehende Beantwortung fällt nicht in den Vollzugsbereich des Bundesministeriums für Inneres.

Zu Frage 8:

Jahr 2010	Angezeigte Fälle
Burgenland	35
Kärnten	38
Niederösterreich	187
Oberösterreich	125
Salzburg	60
Steiermark	88
Tirol	65
Vorarlberg	53
Wien	733
Gesamt	1.384

Zu Frage 9:

Bankomatkartenmissbrauch wird statistisch nicht gesondert erfasst. Die Zahl der angezeigten Fälle von Zahlungskartenmissbrauch ist der Tabelle zu entnehmen:

Jahr 2010	Angezeigte Fälle
Bereicherung durch entfremdete Geldausgabe-, Kredit- oder Tankkarten	935

Zu Frage 11:

Jahr 2010	Angezeigte Fälle
Oberösterreich	6
Salzburg	2

Zu den Fragen 12 und 13:

Entsprechende Statistiken werden nicht geführt.

Zu Frage 14:

Es werden die bereits angelaufenen präventiven Maßnahmen forciert, wie Medienarbeit und Vorträge der Beamtinnen und Beamten des Bundeskriminalamtes. Weiters erfolgt eine Verstärkung der Zusammenarbeit mit den Banken und Kreditkartenorganisationen, um die bereits eingetretenen Verbesserungen und Erfolge bei den Skimmingfällen erhöhen zu können, und eine Forcierung der internationalen Zusammenarbeit, zumeist über Europol, um die rasche Bearbeitung von Anfragen und Informationen zu sichern. Darüber hinaus verstärken und unterstützen internationale Aktivitäten und Initiativen die direkte Zusammenarbeit der zuständigen Sicherheitsbehörden.

Zu Frage 15:

Bankomatkartenfälschungen werden statistisch nicht gesondert erfasst. Die Anzahl der angezeigten Fälle von Zahlungskartenfälschungen sind in der nachfolgenden Tabelle angeführt.

Jahr 2010	
§ 241a StGB	Angezeigte Fälle
Gesamt	44
Burgenland	1
Kärnten	2
Niederösterreich	4
Oberösterreich	8
Salzburg	3
Steiermark	2
Tirol	-
Vorarlberg	3
Wien	21

Zu den Fragen 17 und 18:

2010 wurden 2 vollendete Bankomatsprengungen mit einem Gesamtschaden von € 150.000,- verübt.

Die Zahl der Versuche und Einbruchsdiebstähle vor Ort wurde nicht berücksichtigt.

Zu den Fragen 19 und 20:

Im Jahr 2010 gab es 10 Bankomatdiebstähle mittels Abschleppungen mit einem Gesamtschaden von € 492.000,-.

Zu Frage 21:

Zur Bekämpfung dieser Kriminalitätsformen, insbesondere der Bankomatdiebstähle, wurden spezielle Präventionsempfehlungen für die Geldinstitute ausgearbeitet. Im Wege der Nationalbank und der Wirtschaftskammer wurden diese Präventionsempfehlungen an alle Sicherheitsverantwortlichen der Banken und Sparkassen weitergegeben.